

Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Unzumutbare Kürzungen

Sehr geehrte

als Mitglied des Vereins zur Sicherung der Zusatzversicherungsrente e.V. wende ich mich in einer für den öffentlichen Dienst außerordentlich wichtigen Angelegenheit an Sie.

Die Tarifpartner haben die bisherige beamtenähnliche Versorgung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst zum 31.12.2001 abgeschafft und durch ein komplett neues Betriebsrentensystem ersetzt. Damit wird eine sachlich unbegründete Zweiklassengesellschaft unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit den Beamten einerseits und den Angestellten und Arbeitern andererseits zementiert. Gravierend und unzumutbar ist aber, dass Versicherte bei der Berechnung der bis zum 31.12.2001 bereits erworbenen Zusatzversicherungsansprüche teilweise mehrere Hundert Euro monatlich verlieren.

Über 3.000 Klagen und mehr als 300.000 Beanstandungen gegen die sog. Startgut-schrift sprechen eine deutliche Sprache.

Formaljuristisch kann es sogar passieren, dass die Zusatzversicherungskassen, allen voran die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe, mit den massiven Kürzungen bei den Gerichten durchkommen, weil diese sich auf die Tarifhoheit zurückziehen. Dabei unterliegen die Versicherten dem Ergebnis einer machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes und den Gewerkschaften, nicht jedoch dem Bemühen, den Menschen gerecht zu werden.

Bei den Zusatzversicherungskassen fehlt es dringend an einer politisch demokratischen Kontrolle. Es wird höchste Zeit, dass die Politik sich dieser Sache annimmt! Verhindern Sie, dass der Politikverdrossenheit der Menschen ein weiterer Baustein hinzugefügt wird! Schalten Sie sich ein zum Wohle der über 3 Mio. bei den Zusatzversicherungskassen versicherten Beschäftigten!

Ich erlaube mir, die Stellungnahme des mit der Materie bestens vertrauten Rechtsanwalts Bernhard Mathies beizufügen.

Für Ihren Einsatz danke ich Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage